

FRITZ CSOKLICH

Kirchliches Zeitgeschehen

Mit mehr als 1,6 Millionen Unterschriften hat auch das Kirchenvolks-Begehren in Deutschland einen beachtlichen Erfolg erzielt. Allerdings ist das Ergebnis in Deutschland hinter dem Ergebnis in Österreich mit mehr als 500000 Unterschriften deutlich zurückgeblieben. Dies ist allgemein erwartet worden, weil die akuten Konfliktmaterien in Deutschland keine ähnliche Brisanz wie in Österreich erreicht haben. Daß trotz des Fehlens spektakulärer Aufregungen und trotz recht harscher Vorwürfe zahlreicher deutscher Bischöfe dennoch eine respektable Zahl von Unterschriften erreicht werden konnte, läßt auf einen tiefer liegenden Unmut in den Kirchen der westeuropäischen Länder schließen. Mittlerweile hat der „Bazillus“ des Kirchenvolks-Begehrens schon nach Südtirol übergegriffen, wo die Eintragung in die Unterschriftenlisten bereits Ende November begann. Auch in Belgien soll nun ein Kirchen-Volks-begehren beginnen, allerdings mit einem verlängerten Forderungstext.

*

Der niederländische Kardinal Adrianus Simonis hat in diesem Zusammenhang vor einer Art „zweiter Reformation“ gewarnt. Diese zielt auf die Schaffung einer Kirche ab, in der jeder seinen Glauben und seine Moral selbst definieren kann, meinte der Vorsitzende der Niederländischen Bischofs-

konferenz in der betont konservativen italienischen Monatszeitschrift „30 Tage“. Die Lage der Kirche sei zur Zeit äußerst schwierig, erklärte der Kardinal. Sie sei jener im 16. Jahrhundert, die zur Spaltung der Kirche führte, sehr ähnlich. Der Salzburger Erzbischof Georg Eder griff diesen Gedanken unmittelbar vor der Österreichischen Bischofskonferenz in Michaelbeuren auf, indem er das österreichische Kirchenvolks-Begehren mit dem Thesenanschlag Martin Luthers am 31. Oktober 1517 verglich und vor einer Kirchenspaltung warnte. Dieser Vergleich hatte zahlreiche scharfe Repliken von katholischer Seite, aber auch mehrere evangelische Stellungnahmen zur Folge, die in dieser Wortmeldung Eders eine abwertende Art und Weise des Umgangs mit der evangelischen Kirche sahen.

*

Die innerkirchlichen Auseinandersetzungen spiegelten sich auch in den Ergebnissen der Herbsttagung der Österreichischen Bischofskonferenz in Michaelbeuren im November wider, die in Form eines 10-Punkte-Programmes veröffentlicht wurden. Nur drei dieser zehn Punkte (Gespräche zwischen Bischöfen und Experten über Kirche und Gesellschaft im Herbst 1996 in Mariazell, Unterstützung der Europäischen Ökumenischen Versammlung im Juni 1997 in Graz,

gesamtösterreichischer Katholikentag vor der Jahrtausendwende) wurden von allen Diözesanbischöfen akzeptiert. Die restlichen Vorhaben (Kontakte und offene Gespräche mit Initiatoren des Kirchenvolks-Begehrens, aber auch mit Protestgruppen; Errichtung von Frauenkommissionen in Diözesen; Ombudsstellen für Opfer sexuellen Mißbrauchs im kirchlichen Bereich; Befragung von Priestern, Ordensleuten und Laien vor Nominierung von Bischofskandidaten, etc.) werden laut Bischofskonferenz „in den einzelnen Diözesen situationsgemäß verschiedene Verwirklichung finden.“ Gerade „diese Zweiteilung der Kirche Österreichs in Regionen“ mit verschiedenen Geschwindigkeiten stieß auf herbe, auch überzogene mediale Kritik, die innerkirchlich ein verbreitetes Echo fand. Allgemeine Überraschung löste es aus, als unmittelbar nach Ende der Bischofskonferenz die Diözesanbischöfe Weber (Graz), Stecher (Innsbruck) und Kapellari (Klagenfurt) öffentlich erklärten, sie würden sich in Rom für die Zulassung weiblicher Diakone einsetzen – ein Verlangen, das von der Pastorkommission Österreichs und von der Katholischen Aktion Österreichs in Unterlagen für die Bischofskonferenz bereits deutlich vorgebracht worden ist, das aber dort offensichtlich keine mehrheitliche Zustimmung fand.

*

Die Unrast in der katholischen Kirche ist nicht nur auf deutsch sprechende Länder und deren unmittelbare Nachbarn beschränkt, sondern macht sich auf in anderen Kulturkreisen bemerkbar. Besonders auffallend erscheint in

diesem Zusammenhang eine Erklärung, die 40 Bischöfe aus den USA unterschrieben haben, und in der kollegialere Beziehungen zu Rom als wünschenswert bezeichnet werden. In dieser Erklärung wird die Vorstellung von der Kirche als einem multinationalen Konzern mit einer Zentrale in Rom und Zweigstellen (Diözesen) in der ganzen Welt kritisiert und vor allem bemängelt, daß Bischofskonferenzen in vielen Fällen ihre Sichtweisen untereinander gar nicht austauschen können. Mit Nachdruck wird in der Erklärung die Notwendigkeit offener Diskussionen über aktuelle Probleme zwischen Bischofskonferenzen und kirchlichen Gremien verschiedener Länder unterstrichen. Als Themen ausdrücklich genannt werden dabei u. a. der Priestermangel, die Situation der Frauen in der Kirche, Jugend und Kirche, die Beziehungen der Bischofskonferenzen zu Rom, die Sexualethik, die Abtreibungsfrage, die Priesterweihe für verheiratete Männer, sowie das Problem von Kinderschändern unter Priestern. Im Gegenzug hat die konservative „Confraternity of Catholic Clergy“ die Bischöfe aufgefordert, sich von „Führungskräften des Apparates“ nicht unter Druck setzen zu lassen.

*

Nicht weniger bemerkenswert verlief die Zusammenkunft des höchsten Gremiums der Priesterräte auf Europa-Ebene, das im Herbst in Freising stattfand. Bei diesem Symposium, das die Themen „Das prophetische Amt in der Kirche“ und „Communio“ behandelte, forderten die Priesterräte Europas eine stärkere synodale Kultur in der Kirche

und eine erweiterte Auffächerung des kirchlichen Amtes. Ihre besondere Verbundenheit bekundeten die Priester räte mit denen, die ihr Amt zurückgegeben haben, beziehungsweise zurückgeben mußten: „Sie sind und bleiben Priester!“

✱

Das österreichische Parlament beschloß, den Geschäften und Kaufhäusern das Offenhalten am Marienfeiertag des 8. Dezember zu gestatten, falls dieser Tag auf einen Wochentag fällt. Dieser Beschluß, der nicht zuletzt auf Betreiben der ÖVP gefaßt wurde, ist trotz der warnenden Stimmen aus dem kirchlichen Raum zustande gekommen. Der Gewerkschaftsbund hat seine Opposition gegenüber der Freigabe der Feiertagsarbeit in Handelsbetrieben in letzter Zeit merklich gedämpft und sich schließlich auf die Forderung nach einer zusätzlichen kollektivvertraglichen Vereinbarung für die betroffenen Arbeitnehmer zurückgezogen, mit der er jedoch bei den freien Abstimmungen im Nationalrat glatt unterlegen ist. Die Aushöhlung von Feiertagen, die in Deutschland schon seit einiger Zeit festzustellen ist, hat damit auch in Österreich begonnen. Das 1994 in Kraft getretene neue deutsche Arbeitszeitgesetz erleichtert es vielen Firmen, unter Hinweis auf Wettbewerbsnachteile gegenüber Betrieben im Ausland die Ausnahme genehmigung für die Ausdehnung ihrer Arbeitszeiten zu erhalten. Von den Kirchen wird befürchtet, daß auf diese Weise der arbeitsfreie Sonntag zunehmend zur Disposition gestellt wird. Schon im September 1993 hatten die Deutsche Bischofskonferenz und

die Evangelische Kirche Deutschlands in einer gemeinsamen Erklärung vor der Preisgabe des christlichen Sonntags als eines Schutz- und Ruhetages für die Menschen gewarnt. Immer häufiger wird jedoch in Deutschland nicht nur aus technischen, sondern auch aus wirtschaftlichen Gründen die Sonntagsarbeit beantragt. Die nach wie vor hohe Zahl der Arbeitslosen in Deutschland scheint die Befürchtung der christlichen Kirchen zu bestätigen, daß die neue Regelung nur sehr bedingt zum Abbau der Arbeitslosigkeit beiträgt. Aber offensichtlich wandelt sich der Stellenwert des Sonntags; er wird nicht mehr als „herausragender Feiertag“, sondern als Teil eines verlängerten Wochenendes gesehen. Der Weihbischof von Münster, Josef Voss, meinte dazu, das Verständnis vom religiösen und kulturellen Sinn des Sonntags sei erheblich ins Schwimmen gekommen, und eine schleichende Aushöhlung könne nicht übersehen werden. Offensichtlich weiche die Unterscheidung Sonntag/Arbeitswoche immer mehr der Unterscheidung Freizeit/Arbeit. Unter den Koordinaten Freizeit/Arbeit und Sorge um den Arbeitsplatz stünden viele Arbeitnehmer und auch die Gewerkschaften dem Ansinnen, das Wochenende in die Arbeitszeit einzubeziehen, nicht mehr ablehnend gegenüber. Anreize für die Arbeitnehmer seien finanzielle Zuschläge und Freizeitausgleich – nicht aber die (christliche) Sonntagskultur.

✱

Als Nachfolger von Helmut Schüller, der zum Generalvikar der Erzdiözese Wien ernannt wurde, übernahm der bisherige steirische Caritasdirektor

Franz Küberl die Funktion des österreichischen Caritaspräsidenten. Diese Amtsübernahme nützte Küberl zu einer programmatischen Erklärung, die ein Forderungspapier der österreichischen Caritasdirektoren-Konferenz zur Grundlage hat. In diesem Papier bekennt sich die Caritas zu einer Pflicht zur Arbeit. Die Möglichkeit zu arbeiten müsse aber für alle Menschen gewährleistet sein. Die politische Verwirklichung von Beschäftigungsmöglichkeiten habe den Vorrang vor allen anderen Formen der Lebenssicherung. Der Staat müsse Rahmenbedingungen dafür schaffen, daß möglichst viele Menschen selbst für sich sorgen können. Drei Grundforderungen werden von der Caritas in diesem Zusammenhang gestellt: die Umverteilung der Arbeit; die Grundsicherung für unbezahlte Arbeit in der Familie und im Pflegefall; die unbürokratisch ausbezahlte Grundsicherung für Menschen, die aus körperlichen oder geistigen Gründen nicht arbeiten können. In einer Erläuterung des Begriffes der Umverteilung von Arbeit führte Küberl die Arbeitszeitverkürzung mit anteiligem Lohnverzicht und mehr Urlaub statt mehr Lohn an. Wichtig sei es, daß eine verringerte Arbeitszeit tatsächlich zu mehr Arbeitsplätzen führt. Küberl warnt vor einem ständigen Kürzen der Sozialleistungen und sagte, durch die diversen Sparpakete würden immer mehr Menschen durch das soziale Netz rutschen. Für sie bleibe dann nur noch der Weg zur Caritas: „Das kann doch in einem reichen Land wie Österreich nicht die Lösung sein!“ Auch der Linzer Diözesanbischof Maximilian Aichern warnte vor einem einseitigen Sparkurs zu Lasten der Armen und fragte: „Müssen wir uns wirklich damit abfinden, daß es halt einen gewissen Prozentsatz von Ar-

beitslosen gibt? Ich meine, nein!“ In diesen Kreis von Wortmeldungen, die die seit Monaten üblich gewordene Nabelschau der innerkirchlichen Diskussion endlich unterbrechen, gesellte sich auch der neubestellte Wiener Caritasdirektor Michael Landau. Er erklärte zu den diversen Sparpaketen, der Gürtel könne dort nicht enger geschnallt werden, wo kein Loch mehr bleibt. Dies betreffe vor allem die kinderreichen Familien und die Behinderten.



Die äußerst schwierigen Verhandlungen über einen Friedensschluß im ehemaligen Jugoslawien haben die Aufmerksamkeit wieder auf die Religionsgemeinschaften gelenkt, welche die wichtige Aufgabe haben, Versöhnung und Zusammenleben zu fördern. Nach seiner Rückkehr von der Konferenz aller katholischen Bischöfe aus den Regionen des ehemaligen Jugoslawien, die im Vatikan zusammengekommen sind, erklärte der katholische Erzbischof von Belgrad, Franc Perko, zwischen den Verantwortlichen der Kirchen und Religionsgemeinschaften auf dem Balkan müßten neue Kontakte geschaffen werden, „gemeinsam müssen wir gegen den Haß auftreten.“ Die Konferenz im Vatikan befaßte sich vor allem mit der Frage, was die katholische Kirche in ihrer Arbeit und Seelsorge zur Stärkung einer friedlichen Perspektive für den Balkan beitragen kann. Man müssen die Völker Ex-Jugoslawiens überzeugen, daß die Zukunft sie verbinden kann, auch wenn die Vergangenheit sie getrennt hat, erklärte Erzbischof Perko. Für einen Besuch von Papst Johannes Paul

II. in Belgrad gibt es nach den Worten Perkos keine konkreten Aussichten, obwohl er zum Papst beim Abschied sagte: „Auf Wiedersehen in Belgrad!“ Ein Papstbesuch in Sarajevo könnte jedoch bereits im Frühjahr 1996 erfolgen. Perko erinnert dabei an den Vorschlag für einen „Welt-Religionsgipfel“ über die Problematik Ex-Jugoslawiens, den der Moskauer Patriarch Aleksij II. schon im Mai 1994 vorgebracht hatte. Der Patriarch hatte diesen Vorschlag im Anschluß an die Treffen in Sarajevo mit dem orthodoxen Patriarchen Pavle aus Belgrad und dem kroatischen Primas Kardinal Kuharic gemacht. Die Pläne zu einem solchen „Religionsgipfel“ wurden zwar weiterverfolgt,

blieben aber bisher ohne Erfolg. In diesem Zusammenhang ist es bemerkenswert, daß die Teilnehmer des 17. Weltkongresses der Katholischen Weltunion der Presse in Graz im September einstimmig eine Resolution verabschiedeten, in der sie Kardinal Franz König ersuchten, seine guten Dienste als Vermittler auf kirchlicher Ebene im ehemaligen Jugoslawien zur Verfügung zu stellen. Der Haß und die Feindschaft, die durch den Krieg heraufbeschworen worden sind, könnten nicht durch politische Mittel beseitigt werden. Eine wirkliche Versöhnung werden auf Dauer nicht ohne die Friedensbotschaft des Evangeliums erreicht werden können.